

FDP.Die Liberalen Kanton Bern, Neuengasse 20, 3011 Bern

Gesundheits- und Fürsorgedirektion
des Kantons Bern
Rathausgasse 1
3011 Bern

Bern, 2. September 2016

Per E-Mail an: info.stellungnahmen@gef.be.ch

Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG; BSG 860.1, Änderung) Konsultation

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Möglichkeit zu den vorgeschlagenen Änderungen Stellung nehmen zu können.

Allgemeines

Bei der Sozialhilfe besteht grosser Handlungsbedarf. Es müssen dringend auch in der Sozialhilfe Sparmassnahmen ergriffen und umgesetzt werden, ansonsten droht das System zu explodieren. Entsprechende Massnahmen helfen die gesellschaftliche Akzeptanz der Sozialhilfe zu stärken. Die Sozialhilfe als Existenzsicherung ist eine wichtige Errungenschaft in unserem Land, gleichzeitig ist sie auch eine Holschuld.

Es ist insbesondere der Trend zur Verrentung zu stoppen und vermehrt nur Übergangshilfe zu leisten. Fehlanreize müssen eliminiert werden, so ist darauf zu achten, dass Sozialhilfebeziehende nicht bessergestellt sind, als Erwerbstätige.

Die vorgeschlagene Lösung der reduzierten Einstiegshöhe ist grundsätzlich in Ordnung, birgt aber die Gefahr, dass dadurch neue Fehlanreize entstehen können. Zum Beispiel indem eine zeitlich befristete Ablösung vom Sozialdienst vermieden wird, um beim Wiedereintritt eine neuerliche Einstiegsreduktion zu verhindern.

Zu den einzelnen Fragen der Konsultation:

1. Stimmen Sie dem vorgeschlagenen Modell grundsätzlich zu?
Nur bedingt. Falls neue Fehlanreize vermieden werden können.

2. Stimmen Sie der vorgeschlagenen reduzierten Unterstützungshöhe in der Einstiegsphase grundsätzlich zu?
Bedingt, siehe oben.

3. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Dauer der Einstiegsphase von drei Monaten sowie der Möglichkeit der einmaligen Verlängerung um drei Monate grundsätzlich zu?
Bedingt, siehe oben.

4. Stimmen Sie den vorgeschlagenen Ausschlussgruppen von der Einstiegsphase grundsätzlich zu? Bedingt, siehe oben. Und nur, falls dies nicht zu grossem administrativem Aufwand führt.
5. Stimmen Sie dem vorgeschlagenen Unterstützungssystem für junge Erwachsene grundsätzlich zu? Bedingt, siehe oben.
6. Stimmen Sie dem vorgeschlagenen Unterstützungssystem für VA7+ grundsätzlich zu? Ja.

Alternative Vorschläge

Abgestufte Reduktion der Leistungen

Um einen Anreiz zum Ausstieg aus der Sozialhilfe zu schaffen, soll der Grundbedarf mit der Bezugsdauer reduziert werden.

Es ist darauf zu achten, dass die Reduktion zeitlich rasch und deutlich erfolgt; nach einer gewissen Zeit aber abnimmt bzw. aufhört. Sozialhilfebeziehende sollen damit Anreize zum Ausstieg erhalten; ab einer gewissen Reduktion hat dies aber keine Wirkung mehr, dann sollen die Leistungen auch nicht mehr abnehmen. Hingegen soll die soziale Integration ermöglicht werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und

grüssen freundlich

FDP.Die Liberalen
Kanton Bern



Pierre-Yves Grivel
Kantonalpräsident



Stefan Nobs
Geschäftsführer